

# Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen bei der Aufrechterhaltung der deutschen Leugnung des Völkermords

13. Januar 2026

Das Lemkin-Institut zur Verhütung von Völkermord verurteilt die anhaltenden Bemühungen mehrerer hochrangiger deutscher zivilgesellschaftlicher Organisationen, den andauernden Völkermord in Gaza zu leugnen und Desinformationen und leugnende Narrative unter deutschen politischen Entscheidungsträgern zu verbreiten.

Englisches Original: <https://www.lemkininstitute.com/statements-new-page/statement-on-the-role-of-civil-society-organizations-in-sustaining-german-genocide-denial--->

Deutsche Übersetzung (*Hervorhebungen von Martin Breidert*):

Diese Bemühungen müssen im größeren Kontext der einzigartig engen Beziehung Deutschlands zu Israel verstanden werden, die in der historischen Verantwortung Deutschlands für den Holocaust begründet ist. Im Jahr 2007 prägte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Zusammenhang erstmals den Begriff „Staatsräson“ und erklärte die Verantwortung Deutschlands für die Existenz Israels und seine Pflicht, dieses zu verteidigen. Der Begriff wird als Leitprinzip der deutschen Außenpolitik verstanden und beeinflusst parlamentarische Entscheidungen, Waffenexporte und diplomatische Positionierungen. Er hat jedoch keinen Eingang in die deutsche Gesetzgebung gefunden und beinhaltet daher keine rechtlichen Verpflichtungen für deutsche Politiker.

Während die historische Verantwortung, nach dem Holocaust für die Sicherheit der Juden zu sorgen, in Deutschland weithin anerkannt ist, wurde sie in den letzten Jahren missbraucht, um die bedingungslose Unterstützung eines andauernden Völkermords zu rechtfertigen.

Seit der Eskalation der militärischen Besetzung Israels zu einem Massenmord in Form von Völkermord wird die deutsche Medienlandschaft sorgfältig darauf hin ausgerichtet, die deutsche Öffentlichkeit und ihre politischen Entscheidungsträger von der Einhaltung des Völkerrechts durch Israel zu überzeugen. **Die größten deutschen Medienunternehmen haben ihre journalistische Verantwortung aufgegeben, kritische Stimmen bedroht und sind damit praktisch zum loyalsten Sprachrohr der israelischen Regierung geworden.** In einer Zeit, in der sowohl Israel als auch Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) stehen – das eine wegen Völkermordes, das andere wegen dessen Begünstigung –, prägen leugnende und explizit anti-palästinensische Narrative den politischen Diskurs in Deutschland. Dies wurde deutlich, als Bundeskanzler Merz Israel öffentlich dafür dankte, dass es in seiner Kampagne gegen den Iran „die Drecksarbeit“ übernommen habe. Selbst nachdem eine unabhängige UN-Kommission bestätigt hatte, dass Israel in Gaza Völkermord begeht, hat der Deutsche Bundestag seine Türen für israelische Lobbyisten weit offen gehalten.

Das Ausmaß des politischen Zugangs, den Befürworter des Völkermords genießen, ist zutiefst besorgniserregend. Ein Diskurs, in dem die Leugnung des Völkermords normalisiert und strategisch eingesetzt wird, verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern bedroht auch die Grundlagen des demokratischen Staates Deutschland. Ein zunehmender Prozentsatz der deutschen Bevölkerung unterstützt die Haltung ihrer Regierung nicht mehr. Etwa 60 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass Israels Handlungen Völkermord darstellen, und zwei Drittel sind der Ansicht, dass die Außenpolitik des Landes nicht von einer kruden Staatsräson geleitet werden sollte, sondern in erster Linie vom Völkerrecht und den universellen Menschenrechten.

Das anhaltende Leugnungsumfeld in Deutschland ist somit nicht selbsttragend. Es wird jedoch auch nicht allein durch isolierte politische Entscheidungen und Druck von oben durchgesetzt. Vielmehr wird die Leugnung des Völkermords in Deutschland durch ein Netzwerk von israelisch orientierten Thinktanks, Akteuren der Zivilgesellschaft und parlamentarischen Zugangspunkten aktiv produziert und institutionalisiert, die gemeinsam die Leugnung des Völkermords in legitime, respektable und politikrelevante „Expertise“ übersetzen. Die folgenden Beispiele sollten daher nicht als Ausnahmen

verstanden werden, sondern als symptomatisch für ein breiteres strukturelles Muster, wie es auch vom Staatsräson Monitor beobachtet wird.

Am 26. November 2025 wurden deutsche Parlamentarier zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, die vom Nahost-Friedensforum (NAFFO) und der Europe Israel Press Association (EIPA) unter dem Titel „Gaza: Genozid-Vorwurf und die Macht der Falschinformation“ organisiert wurde. An der Veranstaltung, die im Deutschen Bundestag stattfand, nahmen Politiker verschiedener Parteien teil, darunter Sozialdemokraten, Christdemokraten und Grüne. Im Mittelpunkt des Briefings stand eine Studie von Professor Danny Orbach, Historiker an der Hebräischen Universität Jerusalem und Forscher am Begin-Sadat Center for Strategic Studies (BESA), einem in Israel ansässigen Think Tank. Seine Studie „Debunking the Genocide Allegations: A Re-examination of the Israel-Hamas War“ (Entlarvung der Völkermordvorwürfe: Eine erneute Untersuchung des Krieges zwischen Israel und der Hamas), die angeblich darauf abzielte, unabhängige Schlussfolgerungen auf der Grundlage von Daten zu liefern, die zwischen Oktober 2023 und Juni 2025 gesammelt wurden, spiegelt stattdessen einen verzweifelten Versuch wider, UN-Gremien zu diskreditieren, indem ihre Ergebnisse selektiv abgelehnt, etablierte Rechtsnormen neu formuliert und politisch motivierte Interpretationen als neutrale Expertise präsentiert werden.

Die Studie lehnt die Tatsache, dass Israel in Gaza Völkermord begeht, eindeutig ab. Anstatt „unabhängig“ offizielle Erklärungen der Führung oder die kumulative Wirkung des Verhaltensmusters Israels in Gaza und im Westjordanland zu untersuchen, behauptet die Studie ohne Argumente oder Beweise, dass eine genozidale Absicht nicht mit der angenommenen „Präzision und Zurückhaltung“ des israelischen Militärs koexistieren könne. Dieses Argument zeugt von einem bemerkenswerten Missverständnis des Verbrechens des Völkermords, das davon ausgeht, dass nur unmittelbare Vernichtungsakte und Massenmorde (wie beispielsweise ein Atomangriff) als Beweis für Völkermord gelten können. Tatsächlich wird Völkermord gemäß Artikel II der Völkermordkonvention jedoch nicht durch die militärische Effizienz, mit der Massenmorde begangen werden, oder durch die Flächenbombardierung einer Bevölkerung definiert, wie es in der Veröffentlichung suggeriert wird. Stattdessen erkennt die Völkermordkonvention fünf Handlungen an, die als Beweis für Völkermord gelten können, von denen nur eine die Tötung von Mitgliedern einer Gruppe ist. Völkermord vollzieht sich in der Regel durch kontrollierte Gewalt, schrittweise Zerstörung, kalkultiertes Leiden und, wie diese Organisationen wissen sollten, die Aufrechterhaltung einer plausiblen Leugnungsmöglichkeit. Dies galt während des Holocaust ebenso wie heute, und Hinweise auf Völkermord als Prozess finden sich sowohl in den Schriften von Raphael Lemkin als auch in der Völkermordkonvention selbst.

Man muss sich fragen, ob die 300-seitige Studie eine tiefere Analyse der Völkermordabsicht vernachlässigt hat, denn sobald die Beweise dargelegt sind, wäre die Absicht unbestreitbar. Was gibt es schließlich zu leugnen, wenn Israels ehemaliger Verteidigungsminister Yoav Gallant behauptet, Israel kämpfe gegen „menschliche Tiere“, und Präsident Isaac Herzog erklärt, dass eine „ganze Nation“ dafür verantwortlich sei, sodass kein Platz für geschützte Zivilisten bleibe? Die Kriminalisierung einer ganzen Bevölkerung ist in der Tat an sich schon ein Beweis für die Absicht des Völkermords.

Von den acht Kapiteln in Orbachs Studie widmen sich insgesamt drei der Infragestellung der Kompetenz, Glaubwürdigkeit und Methodik von UN-Gremien, die Israels anhaltenden Völkermord an den Palästinensern verurteilt haben. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass alle Feststellungen zum Völkermord auf „irreführenden Statistiken, unbegründeten apokalyptischen Prognosen auf der Grundlage schwacher Daten und der Vermischung von glaubwürdigen und unbestätigten Beweisen“ beruhen. Hier wendet BESA selektive Skepsis und Unterstellungen politischer Voreingenommenheit an und fordert eine unerreichbare Beweissicherheit. Damit ignoriert die Publikation bewusst die epistemischen Standards, die von internationalen Gerichten routinemäßig angewendet werden und die sich auf übereinstimmende Quellen, bestätigte Berichte und Schlussfolgerungen aus Verhaltensmustern stützen.

Einige Tage vor der parlamentarischen Unterrichtung durch NAFFO veröffentlichte die **deutsche zivilgesellschaftliche Organisation „Christians on the Side of Israel“ (CSI)** ihre sogenannte „Faktenprüfung“ zu den Vorwürfen des Völkermords und der Hungersnot durch Israel. Die Veröffentlichung, die angeblich „sorgfältig recherchierte Fakten“ präsentiert, ist der Inbegriff der Leugnung des Völkermords und erreicht das Niveau der Mittäterschaft, indem sie sogar das „zweifello[s] [...] moralische, ethische und disziplinierte“ Verhalten der IDF behauptet, einer Streitmacht, deren Kriegsverbrechen ausführlich dokumentiert und in

den sozialen Medien verbreitet wurden. Selbst wenn man mit der Feststellung des Völkermords nicht einverstanden ist, sind die Kriegsverbrechen unübersehbar und stehen sicherlich nicht für eine „moralische, ethische und disziplinierte“ Streitmacht, die im Einklang mit dem Völkerrecht handelt.

Die „Faktenprüfung“ beginnt mit der Leugnung der Apartheid Israels und behauptet, dass sein duales Rechtssystem, seine endlosen Kontrollpunkte, Mauern und Segregationssysteme lediglich eine „pragmatische“ Lösung für die Aufrechterhaltung eines ethnisch-nationalistischen jüdischen Staates auf palästinensischem Gebiet darstellen.

Diese Argumentation ignoriert völlig die Feststellung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 19. Juli 2024, dass „die Politik und Praxis Israels eine Trennung zwischen der palästinensischen Bevölkerung und den [israelischen] Siedlern [durchführt]“ und somit Apartheid darstellt. Im September 2025 bestätigte der UN-Menschenrechtsrat diese Feststellung.

Ironischerweise verbietet die CSI strikt jeden Vergleich mit der Apartheid in Südafrika und behauptet, dass jede Gleichsetzung der palästinensischen Situation mit der historischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung in Südafrika den Terrorismus, dem Israel ausgesetzt ist, als legitimen Widerstand gegen Israel trivialisieren würde. Was die CSI dabei zu übersehen scheint, ist, dass es gerade Südafrika war, das „aufgrund seiner schmerzhaften Erfahrungen mit einem solchen System“ das Verhalten Israels als Apartheid identifiziert hat.

Obwohl sich die CSI direkt auf den Famine Review Committee (FRC) beruft, ein Expertengremium, das im August 2025 eine schwere Hungersnot in Gaza feststellte, hält sie die Anschuldigung, Israel setze Hunger als bewusste Waffe ein, für „völlig unbegründet“. Die CSI argumentiert, dass einfach nicht genug Menschen an Hunger gestorben seien, um die Vorwürfe einer Hungersnot zu stützen. Dieses Argument ist irreführend: Hungersnöte können eine Völkermordtaktik darstellen, nicht nur weil sie Todesfälle verursachen, sondern auch weil sie die Gesundheit der Bevölkerung untergraben, was zu Unterernährung, geschwächtem Immunsystem und potenziell lebenslangen negativen Auswirkungen führt, insbesondere für Kinder. Das Ausmaß und die Auswirkungen des Hungers können nicht allein auf die unmittelbaren Todesopfer reduziert werden, sondern müssen in einem größeren Zusammenhang gesehen werden, nämlich der Schaffung von „Lebensbedingungen, die darauf abzielen, die physische Vernichtung“ der Palästinenser herbeizuführen.

Unabhängig davon räumt CSI zwar die „schwierige Datensituation“ in Gaza ein, versäumt es jedoch, Israels Rolle als führender Mörder von Journalisten im Jahr 2025 anzuerkennen, die diese „schwierige Datensituation“ überhaupt erst verursacht hat. Israel allein ist für 43 Prozent der weltweit in den letzten 12 Monaten getöteten Journalisten verantwortlich.

Um ihre leugnende Darstellung zu vervollständigen, behauptet die CSI, dass Israels Handlungen „im Gegensatz zu tatsächlichen Völkermorden in der Geschichte“ einen bestimmten Grund hatten und dass es zwar tatsächlich einen Krieg gab, dieser jedoch „keine willkürliche Tötung von Palästinensern“ beinhaltete. Um diesen Punkt zu beweisen, stützt sich CSI auf längst widerlegte israelische Propaganda und argumentiert beispielsweise, dass Israel Sicherheitszonen und humanitäre Korridore eingerichtet habe, wobei jedoch verschwiegen wird, dass solche humanitären Zonen innerhalb von sechs Monaten über 100 Mal von Israel angegriffen wurden. Tatsächlich stellte die Forschungsgruppe Forensic Architecture fest, dass Israels unehrlicher Einsatz „humanitärer Schutzmaßnahmen“ entgegen seiner Argumentation vor dem IGH sogar zur Tötung von noch mehr Palästinensern geführt hat.

Tatsächlich bringt die CSI eine „Ursache-Wirkungs“-Rechtfertigung für Israels Verhalten vor und macht die Hamas und deren angebliche Nutzung ziviler Infrastruktur und „menschlicher Schutzschilder“ für die Massenmorde an palästinensischen Zivilisten verantwortlich. Selbst wenn diese Behauptungen der Einfachheit halber als wahr oder zutreffend akzeptiert würden, sind sie für die Feststellung eines Völkermords rechtlich irrelevant. Das rechtswidrige Verhalten einer bewaffneten Gruppe hebt weder den Zivilistenstatus und den Schutz nach internationalem Recht auf, noch kann es kollektive Schäden an einer geschützten Gruppe rechtfertigen. Historisch gesehen sind Narrative, die die Verantwortung für die Zerstörung der Zivilbevölkerung auf die (vermeintlichen) politischen oder militärischen Akteure der Opferbevölkerung verlagern, gut dokumentierte Merkmale des Völkermorddiskurses.

**Anfang Dezember 2025 fand in Berlin das 13. Deutsch-Israelische Strategische Forum statt, eine politische Konferenz, die vom European Leadership Network (ELNET), dem Forum für Strategischen Dialog und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) organisiert wurde.** ELNET hat sich der Stärkung der Beziehungen zwischen Europa und Israel verschrieben und setzt sich unermüdlich für die Förderung von Waffenverkäufen zwischen Deutschland und Israel ein. Ein Reiseprogramm für Verteidigungspolitiker umfasste einen Besuch zur Besichtigung von zwei Waffensystemen, für die sie später positiv gestimmt haben. ELNET präsentierte dies als eigenen Lobbying-Erfolg. Mehr als 51 Bundestagsabgeordnete reisten während der letzten Legislaturperiode mit ELNET nach Israel. Keine andere Organisation hat Reisen für mehr Bundestagsabgeordnete finanziert.

Neben der Debatte über die mögliche Rolle Deutschlands beim Aufbau von Institutionen im Gazastreifen und der weiteren Intensivierung der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit betonten die ELNET-Teilnehmer die Bedeutung der (Wieder-)Gewinnung der Kontrolle über öffentliche Informationsräume. Die israelischen und deutschen Teilnehmer waren sich einig, dass Israel seine internationalen Kommunikationsfähigkeiten stärken müsse, um den **Kampf gegen die „visuelle Emotionalisierung“ (Diplomatiejargon für „Menschen haben Gefühle gegenüber genozidalen Inhalten“)** zu gewinnen.

Diese Bedenken beschränken sich nicht auf die deutsche Politik. Vielmehr spiegeln sie eine umfassendere transatlantische Strategie wider, die darauf abzielt, die Kontrolle über relevante Narrative und Informationsumfelder zu erlangen. Es überrascht daher nicht, dass nur zwei Monate, nachdem Netanjahu erklärt hatte, dass „wir mit den Waffen kämpfen müssen, die auf den Schlachtfeldern, auf denen wir uns befinden, zum Einsatz kommen“, wobei soziale Medien und insbesondere TikTok „die wichtigsten“ seien, ein Konsortium anti-palästinensischer Investoren praktisch alle US-Aktivitäten von TikTok übernommen hat.

**Ein weiteres Netzwerk, das sich intensiv mit der Leugnung des Völkermords und der Politik befasst, ist die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG), die jährlich öffentliche Mittel zur Unterstützung ihrer Aktivitäten erhält, darunter Zuschüsse des Auswärtigen Amtes in Höhe von rund 550.000 Euro für das Haushaltsjahr 2024.** Nur einen Tag, nachdem sie die Wiederaufnahme der deutschen Waffenexporte nach Israel im November 2025 begrüßt hatte, forderte die DIG Deutschland auf, alle Mittel aus dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) abzuziehen. Unter Berufung auf einen Bericht der israelischen Regierung behauptete die DIG, die UNRWA unterhalte enge Beziehungen zur Hamas und könne daher nicht finanziell unterstützt werden. Auf Anfrage des Generalkommissars der UNRWA konnten die israelischen Behörden jedoch keine glaubwürdigen Beweise für die angebliche weit verbreitete Unterwanderung durch die Hamas vorlegen.

Tatsächlich ergreift die UNRWA eigene Sicherheitsmaßnahmen, um sicherzustellen, dass ihre Arbeit nicht politisiert wird, und handelt entschlossen, wenn Behauptungen durch Beweise gestützt werden. So führte beispielsweise das Office of Internal Oversight Services (OIOS), die höchste Untersuchungsbehörde der Vereinten Nationen, als Reaktion auf die Vorwürfe, die nach dem Terroranschlag vom 7. Oktober 2023 aufkamen, eine gründliche Untersuchung durch, die zur Entlassung von neun UNRWA-Mitarbeitern führte. Demgegenüber bleiben weitergehende Behauptungen über eine systematische Unterwanderung oder Kontrolle der UNRWA durch die Hamas unbegründet.

Die oben genannten Studien und „Faktenchecks“ der Zivilgesellschaft stellen zwar nur einen kleinen Teil eines größeren Netzwerks von Organisationen dar, decken jedoch eine Agenda der Narrativkonstruktion auf, durch die die Leugnung des Völkermords in Deutschland aktiv produziert und legitimiert wird. Dies führt zu einem sich selbst verstärkenden Ökosystem, in dem pro-israelische Lobbyorganisationen, Thinktanks und Akteure der Zivilgesellschaft „Fachwissen“ zur Leugnung generieren, während deutsche politische Institutionen diese Narrative in parlamentarischen und politischen Entscheidungsräumen aufnehmen, verstärken und normalisieren.

In dieser Symbiose liefern Organisationen die Pseudobegründungen, auf die sich deutsche Politiker stützen, um eine ansonsten unhaltbare politische Haltung zu legitimieren. Im Gegenzug werden diese Organisationen mit öffentlichen Mitteln oder privilegiertem Zugang zum Parlament belohnt. Durch die Finanzierung, Plattformierung und politische Unterstützung von Akteuren, die UN-Gremien diskreditieren, etablierte Rechtsnormen ignorieren und sich an der Leugnung von Völkermord beteiligen,

hat Deutschland einer internationalen Rechtsordnung den Rücken gekehrt, die zu einem großen Teil aufgrund der von ihr verursachten Gräueltaten geschaffen wurde.

Das Lemkin Institute of Genocide Prevention fordert die öffentlichen Behörden in Deutschland auf, die aktive Finanzierung, Verbreitung und Legitimierung von Propaganda zur Leugnung von Völkermord, die als kritisches Fachwissen getarnt ist, unverzüglich einzustellen. Wir fordern die deutsche Regierung außerdem nachdrücklich auf, die öffentliche Finanzierung zurückzuziehen und den privilegierten Zugang zum Parlament für Organisationen und Initiativen zu beenden, die sich mit der Leugnung von Völkermord und der systematischen Diskreditierung internationaler Rechtsinstitutionen befassen.

Wir erinnern Deutschland und alle seine politischen Organe an ihre Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention, einschließlich der Pflicht, Völkermord und jede Form der Mittäterschaft zu verhindern und zu bestrafen. Vor allem fordern wir den deutschen Staat auf, seine Mittäterschaft am Völkermord an den Palästinensern zu beenden, unter anderem durch Waffenexporte an den Völkermord begehenden Staat und durch unkritische diplomatische Unterstützung für diesen Staat.